

[spiegel.de](https://www.spiegel.de)

# CSU: Partei wirft Ampel »organisierte Wahlfälschung« vor

DER SPIEGEL

3-4 Minuten

---

Die Ampelkoalition hat sich auf einen Gesetzentwurf für ein neues Bundestagswahlrecht verständigt. Damit soll der aufgeblähte Bundestag verkleinert werden. In der CSU stößt das Vorhaben nun jedoch auf scharfen Protest.

»Die Ampel betreibt mit ihrem Vorschlag zur Wahlrechtsreform organisierte Wahlfälschung«, sagte CSU-Generalsekretär Martin Huber. »Direkt gewählten Abgeordneten den Einzug ins Parlament zu verweigern, kennen wir sonst nur aus Schurkenstaaten.«

Empfohlener externer Inhalt

An dieser Stelle finden Sie einen externen Inhalt von Twitter, der den Artikel ergänzt und von der Redaktion empfohlen wird. Sie können ihn sich mit einem Klick anzeigen lassen und wieder ausblenden.

Externer Inhalt

Ich bin damit einverstanden, dass mir externe Inhalte angezeigt werden. Damit können personenbezogene Daten an Drittplattformen übermittelt werden. [Mehr dazu in unserer Datenschutzerklärung.](#)

[Die Ampelfraktionen haben einen Gesetzentwurf für eine Wahlrechtsreform vorgelegt](#), der den [Bundestag](#) wieder auf seine Regelgröße von 598 Abgeordneten verkleinern würde. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate war das Parlament immer weiter gewachsen – auf zuletzt 736 Abgeordnete.

Der Gesetzentwurf von [SPD](#), Grünen und [FDP](#) sieht nun vor, dass es künftig keine Überhang- und Ausgleichsmandate mehr geben soll. Dies kann zur Folge haben, dass in einem Wahlkreis direkt gewählte Abgeordnete keinen Sitz im Bundestag erhalten. Fachleuten zufolge könnte dies vor allem die CSU betreffen.

Die Vorsitzenden der Ampelfraktionen im Bundestag schickten den Gesetzentwurf am Sonntag an [CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz](#) (CDU). In einem Schreiben boten sie Gespräche darüber an.

Huber sagte, man werde die Pläne in der vorliegenden Form nicht akzeptieren. »Die links-gelbe Ampel legt damit die Axt an unser demokratisches Fundament«, sagte er. »Die Ampel stellt sich über den Wählerwillen der Bürgerinnen und Bürger. Das ist verfassungswidrig und das werden wir nicht akzeptieren.«

Trotz jahrelanger Bemühungen gibt es bislang keinen konsensfähigen Vorschlag zur Reform des Wahlrechts. Zwar gibt es auch anderswo Vorbehalte gegen den jüngsten Vorschlag, doch in der Wortwahl sticht Huber heraus. Entsprechend frostig waren die Reaktionen. »CSU und CDU haben keinen eigenen Gesetzentwurf – das wäre der erste Schritt vor wilder Kampfrhetorik«, sagte die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Katja Mast. Die Union habe auch keinen Vorschlag, der den Bundestag dauerhaft verbindlich verkleinern würde.

Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei über die

Erststimmen mehr Mandate erringt, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen. Diese zusätzlichen Mandate darf die Partei behalten. Die anderen Parteien erhalten dafür Ausgleichsmandate. CDU und vor allem CSU haben in den vergangenen beiden Legislaturperioden eine wirksame Wahlrechtsreform verhindert, weil sie von den geltenden Regelungen am meisten profitierten.